

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 85 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4568) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Postgeld.

**Chefredaktion:**  
**Dr. Bruno Schoenlant.**

**Inserate** werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Werkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Sprechstunde 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Zum preussisch-sächsischen Eisenbahnkrieg.

\* Leipzig, 2. März.

Jedermann weiß zwar, daß trotz aller preussisch-offiziösen Ablehnungen die preussische Regierung einen ständigen Krieg gegen die Staatsbahnen mehrerer Mittel- und Kleinstaaten seit langem führt, und daß dieser Krieg gegenwärtig gerade Sachsen am meisten bedroht; nur die sächsische Regierung allein thut, als wüßte sie nichts davon, wenigstens nimmt sie zu den in der Öffentlichkeit zahlreich gerügten preussischen Uebelständen und Rücksichtslosigkeiten nicht das Wort.

Und doch hat gerade die sächsische Regierung Ursache, die Nachteile der preussischen Liebenswürdigkeiten von Sachsen fernzuhalten und einmal energisch gegen die Schikanen aufzutreten. Sie hat mit Finanznöten zu kämpfen, die sie zu einer festen Stellungnahme veranlassen müßten. Im Etat für 1900 bis 1901 behaupteten die Einnahmen aus den Staatsbahnbetrieben mit rund 138 Mill. Mark die erste Stelle. Selbst der Ueberschuß mit rund 35½ Mill. Mark übertraf alle übrigen Posten des Etats der Ueberschüsse. Wird nun die Ertragsfähigkeit der sächsischen Staatsbahnen durch preussische Konkurrenzmaßregeln geschwächt, dann steigt die Finanznot, und schließlich haben die Steuerzahler den Schaden zu tragen.

Aber gegenüber dem preussischen Hochmut war die sächsische Regierung immer zaghaft, um nicht zu sagen nachgiebig. Der „Bruder Preuß“ lenkt und die sächsische Regierung läßt sich lenken. Gewiß mußte sie im sächsischen Staatsbahnwesen modernen Ansprüchen manchmal mehr genügen, als es der preussischen Regierung angenehm war. Die hohe industrielle Entwicklung Sachsens drängt eben vorwärts. Aber im großen und ganzen mußten der sächsischen Regierung kleine Verbesserungen stets abgerungen werden; besonders Tarifverbesserungen gingen ihr schwer an. Sie fürchtete stets von einer Verbilligung der Tarife geringere Einnahmen, eine durchaus nicht zutreffende Auffassung, wie die Erfahrungen mit Tarifverbesserungen in anderen Ländern, einschließlich des Zonentarifs in Ungarn, beweisen. Also viel hat sie nicht gethan, und bei den geringen Fortschritten fühlte sie sich immer von Preußen gehindert. Unter solchen Umständen ist es um so unverständlicher, wenn die sächsische Regierung im Landtage die preussische Staatseisenbahnverwaltung in Schutz nimmt, sobald das preussische Vorgehen gerügt wird. Ein in die Augen springender Fall mag das beweisen.

In der 64. Landtagsitzung vom 22. März 1898 sprach auch der nationalliberale Abgeordnete Kollfuß über die Dringlichkeit einer Tarifreform und hob anerkennend hervor, daß die sächsische Regierung der Frage einer allgemeinen Tarifreform näher getreten sei, sich deshalb mit der preussischen Staatseisenbahnverwaltung ins Einvernehmen gesetzt und auch dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten zu verstehen gegeben habe, daß, wenn eine Verständigung über einheitliche Tarife nicht zu stande käme, sie selbstständig eine Vereinfachung und Verbesserung des Reiseverkehrs erwägen werde. Auf dieses der sächsischen Regierung gesungene Lob setzte der Abgeordnete dann einen Tadel gegen die die preussische Regierung, die diesen Bestrebungen ein nur geringes Entgegenkommen zeige, bezog sich zum Beweise auf die von Preußen herabgesetzten Malztarife und die Einführung eines Tarifs für die Beförderung von Baumwolle von den deutschen Seehäfen nach Schlesien und fuhr dann wörtlich fort:

„... Da wurden diese Frachtsätze uns abgeschwitten, eben weil es sich um die sächsische Eisenbahnverwaltung handelte. Als unsere sächsischen Baumwollspinnereien, soweit sie in der Nähe der Grenze liegen, in Görlitz ihre Frachten umfrieren ließen, wurde auch das wieder von der preussischen Eisenbahnverwaltung vereitelt, indem sie den Ersatz herausgab, daß der Tarif nur dann Miltigkeit hätte für schlesische Stationen, wenn die Frachten dort blieben oder mit der Achse abgefahren würden. Ähnlich verhält es sich auf anderen Gebieten“.

Der Leiter der sächsischen Staatsbahnverwaltung, Geh. Finanzrat v. Pirchbach, hatte nichts Eiligeres zu thun, als folgenbermaßen auf diese Vorwürfe zu reagieren:

Der Herr Abgeordnete Kollfuß hat gesagt, daß sich die sächsische Staatseisenbahnverwaltung und überhaupt die sächsischen Interessen keines Entgegenkommens seitens der preussischen Eisenbahnverwaltung zu erfreuen haben, und hat Fälle dafür angeführt, die vor drei oder vier Jahren vorgekommen sind; er hat den Malztarif und den Baumwollentarif genannt. Ich kann nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß diese alten Sachen, die vollständig abgethan sind, bei dieser Gelegenheit wieder vorgebracht worden sind, und kann feststellen, daß wenigstens auf seiten der Regierung über einen Mangel an Entgegenkommen seitens der preussischen Staatseisenbahnverwaltung zu klagen keine Veranlassung vorliegt.

Danach scheint es die Auffassung der sächsischen Regierung zu sein, daß sie die Schläge des preussischen Fiskus einfach hinzunehmen habe.

Seit jener Zeit hat nun die preussische Staatsbahnverwaltung die sächsischen Staatsbahnen immer wieder

bedrängt und eingengt. Die Presse beschäftigt sich ununterbrochen mit den einzelnen Fällen, aber von der sächsischen Regierung hört man nicht, ob sie etwas gegen die offensibaren Schädigungen der sächsischen Staatsbahnen durch den lieben Bundesbruder gethan hat.

Da werden massenhaft Frachtgüter, die aus dem Osten nach dem Süden oder Südwesten befördert werden sollen, um Sachsen in weitem Bogen herumgeführt, statt auf dem unmittelbaren Wege von Görlitz-Dresden-Reichenbach-Hof schneller an Ort und Stelle gebracht zu werden. Da läßt die preussische Bahnverwaltung alle Karren bis nach Bodenbach laufen und bereitet dadurch der sächsischen Verwaltung Scherereien. Seit langen Jahren bestehen zwischen den sächsischen und preussischen Bahnhöfen in Leipzig die allerunerquicklichsten Zustände und Reibereien. Jetzt bezeichnet man die Konferenz, die hierin Wandel schaffen soll, als einen „Nichtblick“; aber man weiß noch nicht, ob auch hier Sachsen den kürzeren ziehen und den Schaden haben wird. Ferner macht die preussische Verwaltung die Schnellzüge Berlin-Leipzig zu jammervollen Bummelzügen, während sie die Schnellzüge über Halle-Probstzella, überhaupt die Züge unter Umgehung Sachsens mit größerer Fahrgeschwindigkeit u. s. w. ausstattet, um den Personenverkehr von Sachsen abzulenken. Wozu das alles?

Um damit die sächsische Regierung noch mürrer zu machen, daß sie um so eher eine Eisenbahngemeinschaft mit Preußen eingehe, wie sie zwischen Preußen und Hessen, zum nachträglichen Entsetzen Hessens, von Miquel, dem preussischen Einheits-Prestidigitateur, erreicht worden ist. Die Hessen sind zwar noch Eigentümer ihrer Bahnen, aber sie haben — nichts mehr zu sagen. Beim Neubau von Bahnen, in Verwaltungsangelegenheiten, überall giebt Preußen den Ausschlag; da ist es denn vorbei mit der Selbstständigkeit.

Käme eine solche Eisenbahngemeinschaft mit Sachsen zu stande, was bliebe denn eigentlich noch der sächsischen Regierung? Post und Militär sind seit 1868 flöten gegangen. Nimmt man ihr noch den Einfluß auf die Eisenbahnverwaltung, dann kann sie mit der Regierung irgend eines reussischen Ländchens Kränzchen oder sonst etwas veranstalten.

Aber warum geschieht denn nichts gegen die preussischen Eisenbahnschikanen! Zu welchem Zweck sitzt denn der sächsische Gesandte Graf Hohenthal in Berlin?

Es giebt ein Mittel, sich vor dem Miquelschen Fiskusübermut zu schützen. Freilich ist es ein radikales, das der sächsischen Regierung mehr Grauen bereitet, als die preussische Erdrosselungsweise. Man führe schnell und

## Seuilleton.

127]

Manuskript verdolmen.

### Rot und Schwarz.

Von Steudhal (Henri Beyle).

(Uebersetzen von Friedrich von Oppeln Bronikowski.)

„Da bricht der Letzte meiner Lage an,“ dachte Julian. Bald fühlte er sich von dem Gedanken der Pflicht entflammt. Bis jetzt hatte er seine Nahrung bemeistert und seinen Entschluß, nicht zu sprechen, aufrecht erhalten; aber als der Gerichtspräsident ihn fragte, ob er noch etwas hinzuzufügen hätte, erhob er sich. Er sah die Augen von Frau Derville vor sich; sie schienen ihm im Nicht zu funkeln. „Sollte sie etwa meinen?“ dachte er und begann:

„Meine Herren Geschworenen! Der Abscheu vor der Verachtung, dem ich angesichts des Todes glaubte trocken zu können, läßt mich das Wort ergreifen. Meine Herren, ich habe nicht die Ehre, Ihrem Stande anzugehören, Sie sehen in mir einen Bauern, der sich gegen die Niedrigkeit seines Schicksals auflehnt hat.“

„Ich bitte Sie nicht um Gnade,“ fuhr Julian mit festerem Tone fort. „Ich mache mir keine Illusionen; der Tod erwartet mich, er ist gerecht. Ich habe mich an dem Leben einer Frau vergreifen, die aller Achtung und Ehrerbietung würdig ist. Frau von Renal war wie eine Mutter gegen mich. Mein Verbrechen ist abscheulich, und es war vorbedacht. Ich habe also den Tod verdient, meine Herren Geschworenen. Aber wenn ich auch weniger

schuldig wäre, so sehe ich Männer, die ohne Rücksicht gegen meine Jugend, die vielleicht Mitleid verdient, in mir eine Klasse junger Leute strafen und entmuthigen wollen, die niedrig geboren und durch Armut in gewisser Hinsicht unterdrückt sind, aber das Glück haben, eine gute Bildung zu besitzen, und die Mühseligkeit, sich in Dinge zu mischen, die der Stolz der reichen Leute die Gesellschaft nennt.“

Das ist mein Verbrechen, meine Herren, und es wird um so strenger bestraft werden, als ich thatsächlich nicht durch meinesgleichen gerichtet werde. Ich sehe auf den Geschworenenbänken keine wohlhabenden Bauern, sondern lediglich enttäuschte Bürger.“

In diesem Sinne sprach er etwa zwanzig Minuten lang; er sagte alles, was er auf dem Herzen hatte; der Staatsanwalt, der um die Gunst der Aristokratie buhlte, hüpfte in einem Fort von seinem Sitze auf; aber trotz der etwas abstrakten Wendung, die Julian seiner Rede gegeben hatte, zerfloßen alle Frauen in Thränen. Selbst Frau Derville hatte ihr Taschentuch vor den Augen. Ehe Julian schloß, kam er nochmals auf die Vorfälligkeit zurück, auf seine Reue, auf die Achtung und grenzenlose kindliche Verehrung, die er in glücklicheren Zeiten für Frau von Renal empfunden hätte. Frau Derville stieß einen Schrei aus und fiel in Ohnmacht.

Es schlug ein Uhr, als die Geschworenen sich zurückzogen. Keine der Damen hatte ihren Platz verlassen; mehrere Männer hatten Thränen in den Augen. Die Unterhaltungen waren zuerst sehr hitzig; nach und nach aber, als die Entscheidung der Richter auf sich warten ließ, begann die allgemeine Ermüdung Ruhe in die Versammlung zu bringen. Dieser Augenblick war feierlich, die Richter warfen weniger Schein. Julian war sehr

ermüdet; er hörte ringsherum die Frage erörtern, ob diese lange Beratung ein gutes oder schlimmes Zeichen sei. Er sah mit Freuden, daß er alle Sympathien für sich hatte; die Richter erschienen noch immer nicht, und doch verließ keine Frau den Saal.

Als es zwei Uhr schlug, entstand eine große Bewegung. Die kleine Thür des Geschworenenzimmers öffnete sich. Der Baron Valenod trat mit schweren, theatralischen Schritten ein, und alle Geschworenen hinter ihm. Er hustete, dann erklärte er, der Gerichtshof habe nach bestem Wissen und Gewissen einstimmig entschieden, daß Julian Sorel des Mordes schuldig sei, und zwar des Mordes mit Vorbedacht. Diese Erklärung zog die Todesstrafe nach sich, sie wurde einen Augenblick danach verkündet. Julian sah nach seiner Uhr und dachte an Herrn von Lavalette; es war ein Viertel nach zwei. „Heute ist Freitag,“ dachte er. „Das ist ein guter Tag für den Valenod, der mich verurteilt. . . Ich bin zu gut bewacht, als daß Mathilde mich retten könnte, wie Frau von Lavalette. . . Also, in drei Tagen zu dieser Stunde werde ich wissen, was ich von dem großen Vielleicht halten kann.“

In diesem Augenblick hörte er einen Schrei und wurde in die Welt der Wirklichkeit zurückversetzt. Die Frauen um ihn her schluchzten; er sah, daß alle Geschworenen nach einer kleinen Tribüne gewandt hatten, die in der Krümmung eines gotischen Pfeilers angebracht war. Er erfuhr später, daß Mathilde sich dort verborgen hatte. Da der Schrei sich nicht wiederholte, blickte alles wieder nach Julian, den die Gendarmen durch die Menge hindurchzubringen suchten.

„Ich muß mich bemühen, diesem Schurken von Valenod keinen Grund zum Lachen zu geben,“ dachte Julian.